

REGIONALE IDENTITÄT UND TRANSNATIONALE RÄUME IN OSTMITTELEUROPA

Mit den politischen Umwälzungen des Jahres 1989 und dem Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten zur Europäischen Union und zum Schengen-Raum sind die für fast 50 Jahre nahezu unüberwindbar erscheinenden Grenzen in dieser Region durchlässig geworden. Alte historische Verbindungen, die durch die nationalsozialistische Gewalt- und Vernichtungspolitik, das Flucht- und Vertreibungsgeschehen der Nachkriegszeit und die kommunistische Diktatur unterbrochen worden waren, können wiederbelebt werden. Für die Menschen in der Region bieten diese Entwicklungen zahlreiche Chancen, aber auch neue Herausforderungen, die auf einer wissenschaftlichen Konferenz vom 3. bis 5. März 2011 im Nordböhmischen Museum in Liberec (Reichenberg) thematisiert wurden. Ziel der von der Sächsisch-Tschechischen Hochschulinitiative (STHI) organisierten Tagung war es einerseits, einen Beitrag zur Theorie von Raum und Identität in Grenzregionen zu leisten, andererseits praktische Fragen der grenzüberschreitenden Kooperation zu analysieren.

Ein einführendes Panel unter der den Tagungstitel variierenden Überschrift „Transregionale Räume und (trans-)regionale Identität“ sollte die theoretische Grundlage für die folgenden Referate bieten. Christoph Waack (Chemnitz) widmete sich dabei dem ersten zentralen Begriff der Konferenz, dem des „Raumes“, der sich in Verbindung mit der Kategorie „Region“ in seiner Bedeutung im wissenschaftlichen und alltäglichen Gebrauch als doppeltes Konstrukt erweise: als analytisches der Wissenschaft und als historisch-kognitives der Alltagswelt. Nach Anssi Paasi durchlaufen Regionen als Folie für gesellschaftliche Veränderungen bis zu ihrer Etablierung verschiedene Entstehungsstufen: eine territoriale, eine symbolische und eine institutionelle. Somit existierten Räume und Regionen nicht per se, sondern würden erst durch administrative und zivilgesellschaftliche Akteure oder auch durch Wissenschaftler geschaffen.

Der zweite Kernbegriff der „(regionalen) Identität“ wurde anschließend von Stefan Garsztecki (Chemnitz) thematisiert. Unter Anwendung verschiedener theoretischer Annäherungen an kollektive Identitäten wurden auch regionale Identitäten als diskursiv geformte Konstrukte charakterisiert, die auf den Prinzipien von Inklusion und Exklusion beruhten, dabei allerdings weniger Konfliktpotential beinhalten als beispielsweise nationale Identitäten. In den verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen würden einander überlappende Spezial- und Interdiskurse zum Thema „Regionalität“ geführt. Auch die Instrumente zur Schaffung regionaler Identitäten seien vielfältig und reichten über die Regionalpolitik der Europäischen Union bis zu

Bottom up-Ansätzen, in denen regionale Medien, Regionalparteien oder auch regional verankerte ethnische Minderheiten als Elemente regionaler Diskursivität zur Selbstverständigung über Geschichte, Kultur, den Wirtschaftsstandort oder die regionale Politik beitragen. Ebenso weitgefächert erschienen die Möglichkeiten, bestimmte Regionstypen wie historische, administrative oder strategische, durch ein „gemeinsames Betroffensein“ festzulegen. Dabei bleibe zu konstatieren, dass Region und regionale Identität meist nicht deckungsgleich und so auch die Möglichkeiten zur Herausbildung transregionaler Identitäten fraglich seien.

Aus historischer Perspektive besonders interessant waren die daran anknüpfenden Beiträge des Panels „Regionale Identitäten im Umbruch“. Piotr Kocyba (Chemnitz) untersuchte die Rolle der Sprache in Identitätsdebatten am Beispiel der deutschen Minderheit in Oberschlesien. Er stellte zunächst die sprachliche Entwicklung in der Region vor, in der neben dem Hochdeutschen als importierter Elitensprache im 19. Jahrhundert vor allem ein polonisiertes Umgangsdeutsch sowie das Oberschlesisch-Polnische gesprochen wurden, wobei es auch zu Sprachmischungen kam. Obwohl ein Großteil der ursprünglichen Bevölkerung in der Region verblieb, erfuhr das Umgangsdeutsche nach 1945 einen weitgehenden Bedeutungsverlust, aber auch das Oberschlesisch-Polnische wurde durch eine intensive (Re-)Polonisierungspolitik weiter zurückgedrängt. Interessanterweise, so Kocyba, lässt sich seit 1989 trotz der rückläufigen Sprachkompetenz eine vergleichsweise stabile deutsche Identität feststellen. Die Deutschen betonten dabei die Bedeutung des Hochdeutschen – obwohl historisch das polonisierte Umgangsdeutsch den sprachlichen Bezugsrahmen der deutschen Minderheit gebildet hatte. Zudem ist der Versuch zu verzeichnen, eine eigene „schlesische“ Nationalität festzuhalten. Die zur historischen Legitimierung einer solchen Identität angeführten sprachlichen Beispiele seien allerdings nicht authentisch. Wenn heute Sprachmischungen als Ausdruck einstiger Multikulturalität zitiert würden, handele es sich dabei eindeutig um Konstrukte, denn in ihrer Zeit wurden solche sprachlichen Phänomene gar nicht schriftlich fixiert.

Anschließend betrachtete Petr Mikšíček (Prag) Identitätsfragen in den einst überwiegend deutsch besiedelten Gebieten der Tschechischen Republik. Aufbauend auf der Fotoausstellung „Zmizelé Sudety – Das verschwundene Sudetenland“ und dem gleichnamigen Buchprojekt der Bürgerinitiative Antikomplex schilderte er die durch die Vertreibung der deutschen Bevölkerung verursachten Veränderungen der Landschaft, die bis heute von dem gewaltsamen Besiedlungsbruch gekennzeichnet sei. Die Bevölkerungsgruppen, die nach 1945 neu in diese Regionen kamen, mussten erst eine Verbindung zu ihrer Umgebung aufbauen und seien zugleich stetig mit den Spuren der Vergangenheit konfrontiert worden. Da die Zahl der Neusiedler nicht ausreichte, um das Grenzland wieder dicht zu besiedeln, seien etwa 3000 Gemeinden, Dörfer und Höfe dem Verfall preisgegeben gewesen, erst ab den sechziger Jahren habe es vermehrt Erhaltungsmaßnahmen gegeben. Eine öffentliche Auseinandersetzung mit Vertreibung und Neubesiedlung jenseits politischer Grabenkämpfe sei in Tschechien erst seit wenigen Jahren möglich.

Die Vorträge von Milan Jeřábek (Ústí nad Labem), Aleksandra Trzcielirska-Polus und Grzegorz Balawajder (beide Opole) widmeten sich auf der Grundlage statistischer Untersuchungen den praktischen Auswirkungen der Grenzöffnung und der

Wahrnehmung dieser Veränderungen durch die polnische bzw. tschechische Bevölkerung in den Grenzgebieten. Ein Panel zu „Grenzüberschreitenden Kooperationen“ konkretisierte diese Fragen weiter. Jeannette Gosteli (Zittau) stellte die Arbeit der Initiative Umgebindeland vor, Hedvika Zimmermannová (Hrádek nad Nisou) lieferte Beispiele aus den Tätigkeiten des Städteverbunds „Kleines Dreieck“ aus Zittau, Bogatynia und Hrádek nad Nisou im sächsisch-tschechisch-polnischen Dreiländereck. Schließlich relativierte Marcus Hornung (Chemnitz) in seinem Vortrag eine häufig genannte negative Folge der Grenzöffnung: nämlich die Vorstellung, dass mit dieser auch die Grenzkriminalität zunehme. Gebündelt wurden die Ergebnisse dieses Panels in einer Podiumsdiskussion mit Peter Heinrich (Bautzen), Kateřina Lauermannová (Liberec), Markus Mildenberger (Potsdam) und Maciej Zathey (Wrocław).

Das abschließende vierte Panel mit Beiträgen von Jaroslav Vávra (Liberec), Jaroslav Dokoupil (Plzeň), Jan Smit (Nijmegen) und František Zich (Ústí nad Labem/Prag) befasste sich mit der Rolle der Euroregionen im Grenzraum. Anhand eines Vergleichs der Euroregion Šumava-Böhmerwald-Mühlviertel und dem deutsch-niederländischen Grenzraum wurde diskutiert, ob solche Kooperationen eine „Europäisierung von unten“ befördern können.

Wie in der engagierten Diskussion der vielfach aufeinander bezogenen Vorträge festgestellt wurde, ist die Entwicklung einer transregionalen Identität über die zwar durchlässiger werdenden, aber immer noch bestehenden nationalen Grenzen hinweg für die nähere Zukunft nicht zu erwarten. Das Bewusstsein der örtlichen Bevölkerung für die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Kooperation ist gleichwohl vorhanden. So erlebt diese die Zusammenarbeit über die Grenze als „normal“. Der von den Bewohnern genutzte und als selbstverständlich empfundene „gelebte Raum“ (František Zich) wird immer größer – ein Befund, der angesichts der historischen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts gerade in Ostmitteleuropa positiv zu stimmen vermag.